

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021
18.-19. Juni

Antrags-Nr.: 1.9.1

Thema: Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages durch die Bundesrepublik Deutschland

Antragsteller: AWO BV Rheinland e.V.

1 **Die Bundeskonferenz möge beschließen:**

2

3 Die Arbeiterwohlfahrt fordert die Bundesregierung dazu auf, den Atomwaffenverbots-
4 vertrag zu unterschreiben.

5

6 **Begründung:**

7

8 Der Atomwaffenverbotsvertrag wurde 2017 in den Vereinten Nationen von 122 Staa-
9 ten angenommen und trat am 22. Januar 2021 durch die Ratifizierung des 51. Staa-
10 tes in Kraft. Nicht unterschrieben wurde der Vertrag von den Atommächten sowie
11 den Mitgliedsstaaten der NATO, also auch Deutschland.

12

13 Das Inkrafttreten des Vertrags ist ein historischer Meilenstein der globalen Bewegung
14 für nukleare Abrüstung, die vor 75 Jahren begann und über mehrere Generationen
15 andauert. Der Vertrag verkörpert den Willen der Menschheit, ohne Atomwaffen zu
16 leben. Er stellt einen Sieg der internationalen Demokratie und multilateralen Diploma-
17 tie über die Dominanz der Weltmächte dar. Dass Deutschland sich durch seine
18 Bündnisverpflichtung zur NATO weigert diesem Vertrag beizutreten ist für uns nicht
19 hinnehmbar. Der Besitz, die Anschaffung oder die Verwendung von Massenvernich-
20 tungswaffen widerspricht allem, woran wir glauben.

Empfehlung der Antragskommission:

Nichtbefassung

Beschluss:

- Nichtbefassung
- Annahme
- Überweisung an das Präsidium
- Ablehnung